

3. Beitrag an die Zusammenarbeitsorganisation «egovpartner»

Antrag des Regierungsrates vom 14. Juli 2021 und gleichlautender Antrag der Kommission für Staat und Gemeinden vom 16. November 2021

Vorlage 5736 (*Ausgabenbremse*)

Ratspräsident Benno Scherrer: Ziffer römisch I untersteht der Ausgabenbremse.

Stefan Schmid (SVP, Niederglatt), Präsident der Kommission für Staat und Gemeinden (STGK): Die Kommission für Staat und Gemeinden beantragt Ihnen einstimmig, die Ausgabe von 1,5 Millionen Schweizer Franken zu bewilligen, um auf diese Weise die Beteiligung des Kantons an der Zusammenarbeitsorganisation «egovpartner» weiterhin zu ermöglichen. Wie Sie wissen, besteht bereits seit Mitte 2013 eine Zusammenarbeitsorganisation zwischen dem Kanton und den Zürcher Gemeinden im Bereich E-Government. Mit dieser wird die Entwicklung im Bereich E-Government im Kanton Zürich gesteuert und koordiniert. Damit wird auch dem Anliegen nachgekommen, Behördengänge vermehrt elektronisch abzuwickeln.

Aufgrund der starken Veränderungen der letzten Jahre haben sich die Gemeinden und der Kanton entschieden, die Organisation zu erneuern. Ziel dieser Erneuerung soll es sein, das Leistungsangebot der öffentlichen Verwaltung zu digitalisieren und damit auch den Bedürfnissen der Zürcherinnen und Zürchern zu entsprechen. Zusammen mit der Staatskanzlei haben Vertretungen des Verbandes der Gemeindepräsidenten im Kanton Zürich und des Vereins Zürcher Gemeindeglieder und Verwaltungsfachleute (VZGV) die Erneuerung von «egovpartner» konzipiert. In diesem Rahmen wurden für egovpartner vier Hauptziele vereinbart:

Erstens: Zum einen soll die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Kanton, Städten und Gemeinden wesentlich zur Digitalisierung und zur digitalen Transformation der öffentlichen Verwaltungen im Gebiet des Kantons Zürich beitragen. Zweitens soll die verstärkte Digitalisierung der Verwaltungsprozesse und der Dienstleistungen zur Lebens-, Arbeits- und Standortqualität des Kantons Zürich beitragen. Drittens soll damit auch die Koordination der Projekte unter den Gemeinden, Städten und dem Kanton gesichert werden. Und viertens schliesslich soll auch zur interkantonalen Koordination im Bereich der Digitalisierung sowie zur Kooperation mit dem Bund, der Wirtschaft, der Gesellschaft und der Wissenschaft beigetragen werden.

Der Regierungsrat hat am 14. Juli 2021 beschlossen, sich der Zusammenarbeitsorganisation «egovpartner» anzuschliessen. Die mit der Erneuerung der Organisation verbundene Erweiterung des Stellenplans der Staatskanzlei für die Geschäftsstelle von «egovpartner» hat er entsprechend ebenfalls bewilligt. Für die Umsetzung der Projekte beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat die Sprechung eines Beitrags von jährlich 1,5 Millionen Franken. Es handelt sich damit um eine neue, wiederkehrende jährliche Ausgabe.

Die STGK hat sich anlässlich der Vorberatung des Geschäfts unter anderem mit der Frage auseinandergesetzt, wie das Trittbrettfahren von einzelnen Gemeinden, die sich finanziell nicht am Projekt beteiligen, vermieden werden kann. Seitens Verwaltung wurde erläutert, dass dies im Rahmen der neuen Organisation nicht mehr möglich sein werde. Ausserdem hat uns die Direktion der Justiz und des Innern ebenfalls zugesichert, die Kommission regelmässig über die Fortschritte zu informieren. Entsprechend ist die STGK sodann zur Überzeugung gelangt, dass die Sprechung des Kredits einen wichtigen Beitrag dazu leistet, die Digitalisierung im Kanton Zürich einen Schritt voranzubringen. Die allermeisten Gemeinden haben sich diesem Projekt ebenfalls angeschlossen. Im Namen der Kommission bitte ich Sie entsprechend, den Beitrag von 1,5 Millionen Franken zu bewilligen. Besten Dank.

Erika Zahler (SVP, Boppelsen): Im Kanton, in den Städten und Gemeinden steigen die digitalen Anforderungen stetig. Nicht nur die Bürger, sondern auch die Wirtschaft erwarten höhere Standards und einen voll digitalen Service, wie zum Beispiel elektronisches An- und Abmelden bei Wohnsitzwechsel oder auch im Bereich Steuern verschiedene Lösungen. 2012 wurde den Gemeinden «egovpartner» zur Verfügung gestellt. Seit Beginn haben sich 156 von 162 Gemeinden bei «egovpartner» angeschlossen. Die genannte Plattform ist inzwischen etwas in die Jahre gekommen und soll ab 2022 weiterentwickelt werden. Es wird von einer Neuauflage gesprochen, die schneller und effizienter sein soll. Ein weiterer Vorteil resultiert daraus, dass das Angebot für die Gemeinden aus einer Hand angeboten wird. Der Kanton und die Gemeinden sollen sich paritätisch an den jährlich wiederkehrenden Kosten beteiligen. Die Gemeinden zeigen es: Fast alle Zürcher Gemeinden haben sich erneut bereit erklärt, an der aufgefrischten Plattform mitzumachen und sich mit dem sogenannten «Blue Deal» mit einem Gesamtbeitrag von 1.30 Franken pro Einwohner neu zu beteiligen. Die Beteiligung des Kantons an der Zusammenarbeitsorganisation «egovpartner» wird eine jährlich wiederkehrende Ausgabe von 1,5 Millionen Franken zulasten der Erfolgsrechnung ausweisen. Für den «Blue Deal» spricht, dass mit «egovpartner» auf einer bewährten Plattform weiterentwickelt wird, eine breite Schicht wie die öffentliche Hand, sprich die Verwaltung, die Bevölkerung und die Unternehmen profitieren können, Gemeinden mit dem kantonalen Know-how unterstützt werden. Wie uns mitgeteilt wurde, haben die Gemeinden geliefert, das heisst, den «Blue Deal» unterzeichnet.

Heute geht es um den paritätischen Beitrag des Kantons, der der Ausgabenbremse unterliegt. Die SVP/EDU-Fraktion stimmt dem Beitrag des Kantons zu. Gespannt sind wir aber auch auf die zu erwartenden Rechenschaftsberichte, den ersten erwarten wir laut Regierungsrat in acht Jahren. Besten Dank auch für Ihre Unterstützung.

Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden): Der grösste Nutzen von E-Government sowohl für die Öffentlichkeit als auch für die Behörden entsteht bei der elektronischen Abwicklung von Amtsgeschäften. Alle Beteiligten sparen so beispielsweise

viel Zeit, wenn ein Umzug bequem zu Hause am Computer angemeldet werden kann. Die digitale Transformation und E-Government findet natürlich nicht im stillen Kämmerlein statt, sondern sie sind ein gemeinschaftlicher Effort von kantonaler Verwaltung, zahlreichen Städten und Gemeinden im Kanton Zürich in der Organisation «egovpartner».

Seit acht Jahren engagieren sich die verschiedenen Player für die Schaffung von digitalen Dienstleistungen für Öffentlichkeit und Behörden. In acht Jahren ist viel passiert, weshalb es Zeit ist, dass die Zusammenarbeit erneuert und das Leistungsangebot der öffentlichen Verwaltung mittels eines strategischen Umsetzungsplans durchgehend digitalisiert auf die Bedürfnisse der Kundinnen und Kunden ausgerichtet wird. Ein grosses Ziel ist es, die verwaltungsinternen Prozesse auf «digital only» umzustellen. Die unterzeichnenden Gemeinden verpflichten sich mit der Unterzeichnung der Zusammenarbeitsvereinbarung mit dem Kanton und der Finanzierungsvereinbarung mit dem VZGV, pro Jahr einen Beitrag von 1.30 Franken pro Einwohnerin oder Einwohner zu bezahlen.

Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, sich jährlich mit 1,5 Millionen Franken an «egovpartner» zu beteiligen. Die SP unterstützt die Vorlage und begrüsst, dass die STGK einen regelmässigen Bericht zu den Vorgängen im Projekt «egovpartner» erhalten wird.

Fabian Müller (FDP, Rüschlikon): Ich nehme es gleich vorweg, die Freisinnigen unterstützen die Beteiligung des Kantons an «egovpartner» und wünschen dieser Organisation, die es doch schon seit etwa zehn Jahren gibt und die in letzter Zeit doch ein eher diskretes Dasein gefristet hat, noch mehr Tatendrang oder, wie es der Regierungsrat formuliert, eine grundlegende Erneuerung. Eine solche ist natürlich sinnvoll auf dem langen und beschwerlichen Weg hin zu einem durchgehend digitalisierten Leistungsangebot auf den beiden Staatsebenen Kanton und Gemeinden. Dies ist umso sinnvoller, als wir es ja bekanntlich mit gut 160 Gemeinwesen zu tun haben – mit ebenso vielen IT-Abteilungen, mit einer unübersichtlichen und uneinheitlichen Schar an Digitalisierungsexpertinnen und -experten mit teils unterschiedlichen Vorstellungen und Lösungsansätzen. Da kommt eine erneuerte «egovpartner» gerade recht mit ihren erneuerten Strukturen, den Gefässen zur Einbindung der Städte und Gemeinden und ihrer koordinierenden Funktion, wenn es etwa um die Zusammenarbeit zwischen den Staatsebenen oder eben die Förderung von Interoperabilität geht. Auch der Aufbau eines Systems zur Förderung des Wissensaustausches ist in dieser wichtigen Frage angesichts der zahlreichen Akteure sicher sinnvoll und das ist auch «in line» mit den freisinnigen Forderungen nach «digital first». Und wenn wir dem Bericht Glauben schenken wollen, ist von der nun erneuerten «egovpartner» auch eine stärkere Verbindlichkeit bei der Umsetzung zu erwarten und ein besser koordiniertes Vorgehen. Und wenn dem denn so ist, dann ist auch der Digitalisierungsfranken, um den es hier geht, als paritätischer Beitrag sicher gut investiert, damit es mit «digital only» vorwärtsgeht. Die FDP empfiehlt Ihnen, den Kredit zu bewilligen.

Karin Joss (GLP, Dällikon): Grosse Ereignisse in unserem Leben führen uns oft zur Verwaltung unserer Gemeinde: Geburt, Heirat und Tod, Hausbau oder Einbürgerung. Auch Unternehmen haben von ihrer Gründung an vielfältig mit Gemeinde und Kanton zu tun. Im konkreten Fall lässt sich dann jeweils feststellen, wie weit die Digitalisierung fortgeschritten ist. Und es geht dabei nicht um die Digitalisierung als Selbstzweck, sondern um die digitale Unterstützung der jeweiligen Prozesse. Stichworte sind Durchgängigkeit der Daten, online statt Behördengang und Postversand, Verbesserung der Prozessdauer, der Qualität und idealerweise noch eine Reduktion von Aufwand und Kosten.

Den Weg der digitalen Transformation schaffen nicht alle Gemeinden aus eigener Kraft, sie sollen dabei zusammenarbeiten und auch vom Kanton unterstützt werden, sodass sie nicht alle das Rad neu erfinden müssen. In der Regel genügen nämlich Standardlösungen, und da liegt Einsparungspotenzial.

Die bewährte Zusammenarbeitsplattform «egovpartner» ist der richtige Weg, um die Digitalisierung auf Ebene Kanton und Gemeinden für natürliche und juristische Personen voranzutreiben. Der Nutzen der Zusammenarbeit liegt aber vorwiegend bei den Gemeinden. Sie bekommen Unterstützung und kommen in einen Austausch. Wir werden sehen, was sie für den erwähnten Betrag von 1.30 Franken pro Einwohner/Einwohnerin und Jahr bekommen. Der Kontakt mit Behörden wird einfacher, schneller und effizienter werden. Wertvoll ist, wenn sich bei «egovpartner» die beiden Städte Zürich und Winterthur mit viel Engagement einbringen. Sie haben in der Regel auch am meisten Erfahrung und sind schon am weitesten im Prozess. Leider mussten wir aber bereits davon Kenntnis nehmen, dass mit Dübendorf eine wichtige, grosse Gemeinde aus Gründen des Kosten-/Nutzenverhältnisses wieder aussteigen wird.

Bei der Umsetzung legen wir Wert auf diese Rahmenbedingungen: IT-Projekte haben es an sich, dass die Kosten oft steigen und die Einsparungen sehr lange auf sich warten lassen. Es muss also sehr intensiv daran gearbeitet werden, dass die Kosten wirklich im Rahmen der Planung bleiben. Die Gemeinden müssen Vertrauen haben, dass sie ihr Geld gut investieren. Für die nicht digitale Generation braucht es Alternativen, mindestens für eine Übergangsfrist. Und wenn noch weitere Gemeinden zu «egovpartner» dazu stossen möchten – es fehlen ja nur noch ganz wenige –, so soll das zum gleichen Preis erfolgen, den auch die anderen bezahlen.

Der Nutzen des Projekts ist aus heutiger Sicht die 1,5 Millionen Franken mehr als wert. Die GLP stimmt dem Kredit optimistisch-kritisch zu und freut sich auf die Beschleunigung des digitalen Weges. Wir stimmen ebenso der Aufhebung der Ausgabenbremse zu.

Urs Dietschi (Grüne, Lindau): Wie meine Vorrednerin und der STGK-Präsident schon betonten, ist die Weiterentwicklung der digitalen Zusammenarbeitsorganisation «egovpartner», an der sich 156 von 162 Zürcher Städte und Gemeinden beteiligen, wichtig und richtig. Durch die Zustimmung zwischen den Gemeinden und Kanton im Bereich «E-Government» wird dem Anliegen nachgekommen,

Behördengänge vermehrt elektronisch abzuwickeln. Die Zusammenarbeitsorganisation erneuert sich derzeit grundlegend, da sich das Umfeld stark verändert und entwickelt hat. Der strategische Umsetzungsplan soll umfassend und durchgehend digitalisierte und auf Kundenbedürfnisse ausgerichtete Applikationen bringen. Verschiedene Partner sind im Projekt eingebunden, ebenso soll die Zusammenarbeit mit anderen Kantonen, dem Bund, der Wirtschaft, der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft weiterentwickelt und digitalisiert werden und dazu beitragen, dass die digitale Verwaltung Wirklichkeit wird. Das Projekt wird vom Kanton mit 1,5 Millionen Franken jährlich wiederkehrenden Kosten unterstützt, die Gemeinden beteiligen sich mit 1.30 Franken pro Einwohnerin und Einwohner, wir haben das schon gehört. Es macht also Sinn, die ganze Sache zu unterstützen. Wir Grünen stimmen der Vorlage 5736 zu, tun Sie es auch. Danke.

Jean-Philippe Pinto (Die Mitte, Volketswil): Privatpersonen und Unternehmen erledigen viele Dinge des täglichen Bedarfs online, zum Beispiel Essen bestellen, Rechnungen zahlen, Ferien buchen – wann sie wollen und wo sie wollen. Sie erwarten zunehmend, dass das auch im Kontakt mit ihrer Gemeinde oder dem Kanton möglich ist. Um die Entwicklung von mehr Service public zu beschleunigen, müssen sich möglichst viele Gemeinden und Städte der aktiven Zusammenarbeit verpflichten. Die Entwicklung durchgängiger elektronischer Abläufe ist komplex und teuer. Auch wenn die Gemeinde und der Kanton verschieden sind, die Kräfte zu bündeln macht Sinn. Gemeinsam können damit digitale Prozesse geschaffen werden, die im Grossen einheitlich sind und trotzdem, wo möglich, gestalterische Freiräume lassen. Bestehende Lösungen können mittels Schnittstelle eingebunden werden. So profitieren die Gemeinden und der Kanton voneinander. Damit ist auch das Ziel verbunden, dass, je weniger Energie die administrativen Abläufe benötigen, desto mehr Zeit den Mitarbeitenden für die Menschen und das Gemeinwohl bleibt. Ob das auch in der Realität so sein wird, wird sich weisen. Leider nimmt der administrative Leerlauf auch immer mehr zu.

Für die Mitte ist es klar, dass zeitgemässe digitale Services der öffentlichen Hand mehr und mehr vorausgesetzt werden. Ein durchgängiges Angebot auf dem Gebiet des Kantons Zürich steigert die Lebens- und Standortqualität. Die Corona-Krise (*Covid-19-Pandemie*) hat uns deutlich vor Augen geführt, dass die Digitalisierung rasch vorangetrieben werden muss. Mit «egovpartner» verfügen der Kanton und die Gemeinden über eine Zusammenarbeitsorganisation, welche die digitale Transformation gemeinsam weiterentwickelt. Die Weiterentwicklung basiert auf einer gemeinsamen Vision und einem laufend erweiterten Projektportfolio. Hierfür soll mit diesem Geschäft der Kantonsanteil von 1,5 Millionen Franken als jährlich wiederkehrende Ausgabe bewilligt werden. Spätestens nach acht Jahren wird der Regierungsrat einen Bericht über die erzielte Wirkung der Ausgabe und die Notwendigkeit der Fortführung erstatten.

Die Mitte genehmigt das Geschäft. Nun kommt es auch auf die Mitwirkung der Gemeinden an. Besten Dank.

Walter Meier (EVP, Uster): Im 2012 genehmigte der Regierungsrat die Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und Kanton im Bereich E-Government. Nach rund acht Jahren Tätigkeit wird «egovpartner» nun erneuert. Die Geschäftsstelle ist der Staatskanzlei angegliedert. «egovpartner» wird von Gemeinden und Kanton paritätisch finanziert, und dazu sprechen wir heute einen jährlich wiederkehrenden Kredit von 1,5 Millionen Franken.

Dass Baugesuche, Einbürgerungen, Archivierung und so weiter möglichst digital abgewickelt werden, liegt im Interesse der Gemeinden. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass in den letzten Jahren mehr als 90 Prozent der Gemeinden bei «egovpartner» dabei waren. Wir stimmen dem Antrag 5736 zu und hoffen, dass die Gemeinden dieses Angebot nutzen. Sie können mit der Unterschrift unter den Vertrag ihrer Zustimmung Ausdruck verleihen.

Anne-Claude Hensch Frei (AL, Zürich): Auch die Alternative Liste folgt dem Antrag der Kommission. Der Kanton Zürich hinkt tatsächlich immer noch anderen Kantonen in Sachen Digitalisierung hinterher. So sind die als langsam verschrienen Berner bereits viel weiter. Es geht nun darum, mittels Erneuerung der Zusammenarbeitsorganisation das Leistungsangebot zu digitalisieren und die sogenannte digitale Transformation in der Verwaltung voranzutreiben. Die Behördengänge sollen nun elektronisch abgewickelt werden; dies gehört zu einer zeitgemässen Verwaltung. Damit einher geht auch ein Verständnis für die Bedürfnisse der Einwohnerinnen und Einwohner, ebenso für diejenigen der Wirtschaft. Die Zusammenarbeit von Kanton und Gemeinden bezüglich Digitalisierung rückt nun mehr in den Fokus, und so wurde es Zeit, «egovpartner» auf die aktuellen Bedürfnisse auszurichten. Dies geschieht aufbauend auf der bisherigen Organisation und mit neu ergänzten oder angepassten Gefässen und Elementen. Es gibt ein neues Zielbild und Finanzierungsmodell, das haben Sie bereits gehört, und nun sollen jährlich sowohl vonseiten der Gemeinden wie auch vom Kanton her je 1,5 Millionen Franken für die zu entwickelnden Projekte zur Verfügung gestellt werden. Es handelt sich hier um eine neue wiederkehrende Ausgabe und daher müssen wir dies im Rat für den Kanton bewilligen. Die Corona-Krise hat aufgezeigt, dass wir in vielen Bereichen noch von guten digitalen Lösungen, welche Abläufe vereinfachen, weit entfernt sind. Deshalb ist es auch für die Alternative Liste sinnvoll, diesen Kredit zu bewilligen. Einen Vorbehalt möchte ich seitens der AL dennoch mitgeben: Bei allem Gewinn durch ein verbessertes digitales Angebot der kantonalen Verwaltung dürfen nicht die Menschen, welche von der digitalen Entwicklung überfordert werden, vergessen gehen. Einfaches und somit benutzerfreundliches Bedienen der Angebote ist zentral für alle, insbesondere aber für diejenigen, welche noch knapp mithalten können. Trotzdem wird es immer einen Teil der Bevölkerung geben, der nicht oder nicht mehr oder noch nicht mit der neuesten technologischen Entwicklung mithalten kann. Das kann ganz einfach auch daran liegen, dass sie zu wenig Geld für digitale Endgeräte und für eine gute Software zur Verfügung haben. Diesen Aspekt bitten wir bei allen Projekten zu berücksichtigen. Besten Dank.

Regierungspräsidentin Jacqueline Fehr: Die Digitalisierung sollte unser Leben einfacher machen, das ist der Anspruch, den wir haben. Oft stellen wir dann fest, dass es nicht auf Anhieb klappt und die Tools diesen Anforderungen nicht in jedem Fall genügen. Hier ist es wichtig, dass wir zusammen mit den Gemeinden die Behördenprozesse digital transformieren, dass wir, wie gerade gesagt wurde, dabei jene Menschen nicht vergessen, die diesen Zugang nicht oder noch nicht haben, und dass wir insbesondere auch gemeinsam festlegen, welche Behördenprozesse in welcher Reihenfolge digitalisiert werden sollen, damit wir eben auch spürbaren Nutzen entwickeln können und damit auch die Akzeptanz dieser neuen Form der Zusammenarbeit steigern können. Ich freue mich sehr über diese wohlwollende Aufnahme dieses Antrags durch Sie in Ihren Voten. Ich freue mich aber insbesondere auch über die gelungene Zusammenarbeit, die hinter diesem Projekt steht. «egovpartner» gibt es zwar schon eine ganze Weile, aber der Schub, der in den letzten eineinhalb Jahren da nochmals entwickelt worden ist, ist doch sehr beachtlich. Da haben einige Leute wirklich sehr viel dafür getan, dass wir im Kanton Zürich auch vorwärtskommen in der digitalen Verwaltung. Ich danke Ihnen also für die Unterstützung.

Eintreten

ist beschlossen, nachdem kein anderer Antrag gestellt worden ist.

Detailberatung

Titel und Ingress

I.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Ratspräsident Benno Scherrer: Nun stellen wir fest, ob das Quorum der Ausgabenbremse erreicht wird. Der Rat besteht zurzeit aus 180 Mitgliedern. Deshalb braucht es mindestens 91 Stimmen. Kommen weniger als 91 Stimmen zustande, ist der Antrag abgelehnt.

Abstimmung über Ziffer I

Für Ziffer I der Vorlage 5736 stimmen 159 Ratsmitglieder. Damit ist das erforderliche Quorum der Ausgabenbremse erreicht worden.

II.–V.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.